




Landkreis Landshut

Beschäftigung und Ausbildung



Übersicht

1. Allgemeine Beschäftigungserlaubnis
2. Praktikumserlaubnis
3. „3+2-Regelung“
4. Ausbildungserlaubnis
5. Ausbildungsduldung
(gem. § 60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG)

1. Allgemeine Beschäftigungserlaubnis

Voraussetzungen:

- Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet (3 Monate nach Asylgesuch)
- Gültiges Aufenthaltsdokument (BüMA / Aufenthaltsgestattung) mit der Nebenbestimmung „Erwerbstätigkeit unterliegt Genehmigungsvorbehalt“
- Antrag mittels Formblatt stellen (vollständig ausgefüllt und unterschrieben)
(Antrag online unter: www.landkreis-landshut.de – Landratsamt –
Formulare und Merkblätter – Ausländeramt -
Ausländerbeschäftigung-Antrag)

Arbeitnehmer/in: Name:	Vorname(n):	
Geburtsdatum:	Staatsangehörigkeit:	
Arbeitgeber (Betriebssitz) komplette Anschrift:	Betriebs-Nr.:	
	Ansprechpartner/in:	Telefon:

Stellenbeschreibung: Zur Vorlage im Verfahren der Zulassung ausländischer Arbeitnehmer/innen zum deutschen Arbeitsmarkt ☒ Zutreffendes bitte markieren

1. Berufsbezeichnung:	
2. Stellenbeschreibung: (Fachrichtung, Funktionsbereich, Branchen, Produkte; bitte ggf. auf gesondertem Blatt fortsetzen)	
<input type="checkbox"/> Tätigkeit als Leiharbeiter/innen	
3. Erforderliche Kenntnisse, Fertigkeiten, Erfahrungen:	Führerschein erforderlich: <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Klasse:
4. Erforderliche Qualifikation <input type="checkbox"/> ohne Ausbildung <input type="checkbox"/> Ausbildung als/ zum/ zur: <input type="checkbox"/> Fachschule <input type="checkbox"/> Hoch-/Fachhochschule <input type="checkbox"/> Sonstige:	
5. Arbeitszeit: <input type="checkbox"/> Vollzeit: Std. / Woche <input type="checkbox"/> Teilzeit: Std. / Woche <input type="checkbox"/> geringfügige Beschäftigung: Std. / Monat <input type="checkbox"/> sonstige (bitte auf einem gesonderten Blatt)	Bei Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung bitte die Lage und Verteilung der Arbeitszeit angeben: Montag von bis Dienstag von bis Mittwoch von bis Donnerstag von bis Freitag von bis Samstag von bis Sonntag von bis
6. Arbeits-/Einsatzort (lt. Arbeitsvertrag), an dem die Arbeitsleistung üblicherweise erbracht wird: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> wechselnde Arbeits-/Einsatzorte	8. Voraussichtliche Dauer der Beschäftigung: <input type="checkbox"/> unbefristet <input type="checkbox"/> befristet bis:
7. Stelle zu besetzen: <input type="checkbox"/> ab sofort <input type="checkbox"/> ab	9. Lohn/Gehalt lt. Arbeitsvertrag (bitte Angabe in EURO (€) brutto) <input type="checkbox"/> stündlich: (€) <input type="checkbox"/> monatlich: (€) <input type="checkbox"/> zusätzlich, geldwerte Leistungen: (€) <input type="checkbox"/> gemäß Tarifvertrag (bitte angeben): <input type="checkbox"/> Arbeitsvertragliche Regelung
10. Sind Sie ggf. bereit, bevorrechtigte Arbeitnehmer einzustellen? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein (ausführliche Begründung bitte auf gesondertem Blatt) Die Bundesagentur für Arbeit ist grundsätzlich verpflichtet zu prüfen, ob geeignete bevorrechtigte Arbeitnehmer/innen zur Verfügung stehen (Vorrangprüfung). Ergibt die Prüfung, dass geeignete Bevorrechtigte zur Verfügung stehen, kann eine Zustimmung nicht erteilt werden. In bestimmten Fällen ist keine Vorrangprüfung erforderlich. Unabhängig davon muss die Bundesagentur für Arbeit immer prüfen, ob die Arbeitsbedingungen denen vergleichbarer inländischer Arbeitnehmer/innen entsprechen.	

Die Angaben in dieser Stellenbeschreibung entsprechen den Inhalten des Arbeitsvertrages, der zwischen dem bezeichneten Unternehmen und dem/der Antragsteller/in geschlossen wird. Mir ist bekannt, dass der Arbeitgeber, bei dem ein/e Ausländer/in beschäftigt werden soll, der dafür eine Zustimmung benötigt, der Bundesagentur für Arbeit Auskunft über Arbeitsentgelt, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen zu erteilen hat (§ 39 Absatz 2 Satz 3 Aufenthaltsgesetz). Mir ist bekannt, dass diese Stellenbeschreibung an Dritte (Kommune, Gemeinsame Einrichtung nach SGB II) zur Suche nach bevorrechtigten Bewerbern weitergegeben werden kann.

Ort, Datum	Firmenstempel und Unterschrift des Arbeitgebers
Stellenbeschreibung - 06.2017	Formular drucken Formular zurücksetzen

Beschäftigungserlaubnisse für Asylbewerber

(= Personen im laufenden Asylverfahren bzw. gegen deren Asylablehnung Klage erhoben wurde)

Staaten mit hoher Schutzquote

(Syrien, Eritrea, Somalia, Irak, Iran)

In der Regel spricht nichts gegen eine Beschäftigungserlaubnis

Sonstige Herkunftsstaaten

(Afghanistan, Pakistan, Nigeria, etc.)

Ermessensentscheidung der Ausländerbehörde

Voraussetzung:
geklärte Identität

Sichere Herkunftsstaaten

(Senegal, Ghana, West-Balkanstaaten, etc.)

Grundsätzlich keine Beschäftigungserlaubnis möglich

Sondersituation Afghanistan:

Beschäftigungserlaubnis kann bis auf Weiteres erteilt werden.

Voraussetzung:
geklärte Identität
(begl. Tazkira bzw. Nationalpass zwingend notwendig)

Aber:
Arbeitsvisum möglich
(z.B. Westbalkanregelung)

1. Allgemeine Beschäftigungserlaubnis

Verwaltungsablauf:

- Antrag wird vollständig ausgefüllt und unterschrieben bei der Ausländerbehörde eingereicht
- Antrag wird ggfs. an Bundesagentur für Arbeit weitergeleitet
- Bundesagentur für Arbeit gibt gegenüber dem Ausländeramt eine Stellungnahme ab
- Ausländerbehörde genehmigt Antrag auf Beschäftigungserlaubnis oder lehnt diesen ab
- Beschäftigungserlaubnis wird bei Genehmigung dem Antragsteller zugeschickt und diese muss dem Arbeitgeber vorgelegt werden
- Meldung des Arbeitsbeginns bei der Sozialhilfeverwaltung

2. Praktikumserlaubnis

- Es gibt verschiedene Arten von Praktika
- Grundsätzlich handelt es sich bei einem Praktikum um eine Beschäftigung, die dem gesetzlichen Mindestlohn unterliegt und eine Beschäftigungserlaubnis der Ausländerbehörde erfordert.
- Auch Probearbeitsverhältnisse fallen unter diese Regelung und erfordern eine Beschäftigungserlaubnis. Der Verwaltungsablauf ist identisch mit dem bei einer Beschäftigungserlaubnis (s.o.).
- Es gibt jedoch auch andere Tätigkeiten, die unter dem Begriff Praktikum geführt werden, aber anderen Vorschriften und Verwaltungsabläufen unterliegen (z.B. Hospitation, Maßnahme beim Arbeitgeber (MAG), Pflichtpraktikum, ausbildungsbegleitendes Praktikum, Schülerpraktikum, Einstiegsqualifizierung usw.).

3. 3 + 2 Regelung

■ Definition 3 + 2 Regelung:

Genehmigung, im Bundesgebiet eine (regelmäßig **3**-jährige, allgemein anerkannte) Berufsausbildung absolvieren zu dürfen, mit der Erteilung einer, ggf. nach Ablehnung des Asylantrages notwendigen Duldung für die (restliche) Dauer der Berufsausbildung sowie einer daran direkt anschließenden Aufenthaltserlaubnis für eine, der beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung für (weitere) **2** Jahre.

3. 3 + 2 Regelung

- Ziel:
Rechtssicherheit f. Arbeitnehmer und Arbeitgeber → für die Dauer der Ausbildung
- Voraussetzung:
während der Ausbildungszeit/Beschäftigungszeit
kein schuldhaftes Verhalten des Asylbewerbers

4. Ausbildungserlaubnis

Qualifizierte Ausbildung

Regelausbildungsdauer mind. zwei Jahre (Verkürzung möglich)

- in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf oder in einem vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf (Gesundheits- und Sozialwesen)
- qualifizierte schulische Ausbildung an einer Berufsfachschule (mit bezahltem Praktikum bzw. Praktikum mehr als 90 Tage pro Schuljahr)
- Beantragung: max. 6 Monate vor Ausbildungsbeginn

Keine qualifizierte Ausbildung:

kürzere Helferausbildung, Einstiegsqualifizierung,
andere Qualifizierungsmaßnahmen, praktische Tätigkeiten zur
Vorbereitung

4. Ausbildungserlaubnis

Zur Beantragung benötigte Unterlagen:

- von der IHK oder Handwerkskammer abgestempelter Ausbildungsvertrag (als Nachweis für die formelle u. rechtliche Richtigkeit)
- bei Ausbildung an Berufsfachschulen: Bestätigung der Schule
- ausgefüllter Antrag mittels Formular
- Nachweis über Identität
 - Afghanistan: eine vom afghanischen Außenministerium beglaubigte Tazkira im Original
 - Andere Nationalitäten: sonst. Identitätsnachweise (Reisepass, ID-Card, etc.)
- Nachweis über Deutschkenntnisse (mind. A2)
- Nachweis über Schulbesuche, Zeugnisse, absolvierte Praktika, Berufserfahrung
- Empfehlungsschreiben vom Arbeitgeber, evtl. früheren Arbeitgebern
- evtl. Nachweise über besondere Integrationsleistungen

4. Ausbildungserlaubnis


Jede Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis ist eine Einzelfallentscheidung, die im Ermessen der Ausländerbehörde erteilt wird.

Kriterien, die in das Ermessen der Ausländerbehörde einfließen:

- geklärte Identität
- Anerkennungsquote des Herkunftslandes
- Mitwirkung im Asylverfahren gem. § 15 AsylG
- Kenntnisse der dt. Sprache im Verhältnis zur Aufenthaltsdauer
- Straftaten
- sonst. Verstöße gegen Rechtsvorschriften (z.B. Verstoß gegen räuml. Beschränkung oder Wohnsitzauflage, gegen behördliche oder gerichtliche Entscheidungen)
- Schulbesuche und Zeugnisse
- Empfehlungsschreiben vom Arbeitgeber
- sonstige Integrationsbemühungen

4. Ausbildungserlaubnis

Ausschlusskriterien:

- Straftaten über 50 bzw. 90 Tagessätzen (§ 60a II 6 AufenthG)
 - Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten (§ 60a VI 1 Nr. 3 AufenthG)
- 

5. Ausbildungsduldung

Antragstellung und Erteilung

- Beginn der Ausbildung während des Asylverfahrens:
 - Antragstellung unverzüglich nach Eintritt der Bestandskraft der BAMF-Entscheidung
- Beginn der Ausbildung nach Ablehnung:
 - Antragstellung im engen zeitlichen Zusammenhang (ca. 3 Wochen vor Beginn)

5. Ausbildungsduldung

- Erteilung für die Dauer des laufenden Ausbildungsjahres
- Verlängerung nach Abschluss der Ausbildung möglich, wenn der Betroffene nicht übernommen wird (6 Monate)

5. Ausbildungsduldung

- Keine Erteilung:
 - wenn aufenthaltsbeendende Maßnahmen bereits eingeleitet sind
 - im laufenden Asylverfahren
 - bei Vorliegen eines Beschäftigungsverbots
 - bei fehlender Mitwirkung zur Identitätsklärung
 - wenn kein Duldungsgrund vorliegt
 - bei Vorstrafen ab 50/90 Tagessätzen
 - bestehendes Einreise- u. Aufenthaltsverbot

5. Ausbildungsduldung

Beendigung der Ausbildung

- Erfolgreicher Abschluss der Ausbildung:
 - Verlängerung der Duldung für sechs Monate zur Arbeitsplatzsuche (gleicher Beruf!)

oder

- Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis (nur bei ausreichender Mitwirkung)

**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit**